

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG

30. Juli 2019

Index: MDE 13/0815/2019

Iran: Schreckliche Feststellungen eines hohen Beamten betonen die Straflosigkeit der Gefängnismassaker von 1988!

Mostafa Pour Mohammadi ist Berater des Chefs der iranischen Justiz und früherer Justizminister. Er verteidigte die Massenhinrichtungen ohne Gerichtsurteil von 1988. Er erfährt dabei eine erschreckende Zustimmung der Behörden, die damals und heute die internationalen Rechte missachteten. Alle die hohen Beamten, die an den Tötungen beteiligt waren, erfreuen sich einer Straflosigkeit, sagte heute Amnesty International.

AI ist besonders durch die Bemerkungen von Mostafa Pour Mohammadi irritiert, der die Personen, die für Wahrheit und für Rechenschaft eintreten, als Terroristen und Verschwörer zusammen mit den Feinden des Iran anklagt. Er warnt sie, sie müssten mit Verfolgungen rechnen. Auch Ebrahim Raisi war zusammen mit dem ehemaligen Justizminister in die Massenexekutionen von 1988 verwickelt. Sie stellen sich zunehmend gegen die Familien der Opfer, die zusammen mit anderen Menschenrechtlern durch Schikane und Verfolgung bedroht werden, obwohl sie nur die Wahrheit und Gerechtigkeit fordern.

Jetzigen und früheren iranischen Beamten darf nicht erlaubt werden, sich vor der Verantwortlichkeit für die massenhaften Hinrichtungen durch Fehlinformationen und Einschüchterungen gegen die Personen, die die Wahrheit suchen, zu drücken. Amnesty International erneuert deshalb ihre Forderungen an die UN und die Mitgliedsstaaten, frei und offen über die systematische Straflosigkeit bei den Straftaten im Zusammenhang mit den Massenhinrichtungen ohne Gerichtsurteil 1988 zu sprechen. Wir verweisen auf unseren Bericht vom Dezember 2018, in dem alle Details der Vorgänge von 1988 dargestellt wurden (siehe PE bei www.amnesty-iran.de, unter „ai zum Iran“).

Die internationale Gesellschaft muss konkrete Schritte zu Wahrheit und Gerechtigkeit aufzeigen. Sie muss durchsetzen, dass die Personen, die verdächtig sind, verantwortlich zu sein, auch vor ein faires Gericht gestellt werden, bei Ausschluss der Todesstrafe. Die Familien der Opfer müssen Entschädigungen gemäß den internationalen Rechtsnormen bekommen. Diese Wiedergutmachung muss zweierlei einschließen: Die Übergabe der verbliebenen Reste der Verstorbenen an die Familien und eine Beerdigung und rituelle Grablegung der Toten.

Groteske Entstellung der Art und der Zusammenhänge des Gefängnismassakers 1988

In einem Interview des Wochenmagazins *Mosalas* am 25. Juli 2019 wurde Mostafa Pour Mohammadi über eine Beurteilung darüber befragt, wie die Islamische Republik weiterhin mit den Hinrichtungen nach dem Juli 1988 umgeht. Damals geschah der bewaffnete Einfall der Volksmudjaheddin im Iran (PMOI). Diese Organisation hatte damals ihre Basis im Irak. Betroffen waren Gefangene, die ihre politische Meinung oder ihre Tätigkeiten nicht bereuen wollten.

Seine Antwort war, dass die Getöteten Kriminelle und Terroristen waren, deren Todesstrafe für eine Zeit ausgesetzt war, die aber insgeheim weiter mit der PMOI zusammenarbeiteten und sie unterstützten. Er wies auch auf die Zusammenarbeit der Volksmudjaheddin mit Saddam Hussein während des Golfkrieges hin. In seinen Ausführungen verbreitet er dieselbe falsche Geschichte, die die iranischen Behörden seit Jahrzehnten verbreiten, um die Wahrheit zu verbergen, dass nämlich zwischen Juli und Dezember 1988 Menschen unter Gewaltanwendung verschleppt und ohne Gerichtsverfahren hingerichtet wurden. Das geschah geheim mit vielen tausend politischen Gefangenen und war ein Teil systematischer Ausmerzung der politischen Opposition.

Entgegen der offiziellen Geschichte, die von den Opfern als Terroristen und Mörder spricht, waren die Verschwundenen und Exekutierten fast nur junge Männer und Frauen, manchmal noch Teenager, die wegen ihrer politischen Meinung unrechtmäßig inhaftiert waren. Es genügte schon ein Verteilen von Flugblättern oder Zeitungen, Teilnahme an einer Demonstration oder Sammeln von Geld für die Familien der Gefangenen oder eine Sympathiebezeugung für oppositionell aktive Personen, um inhaftiert zu werden.

AMNESTY INTERNATIONAL

Einige Gefangene waren willkürlich und ohne Urteil inhaftiert, einige Gefangene bekamen äußerst ungerichte Strafen, die von einem Jahr Haft bis zu lebenslang reichen konnten und einige Gefangene hatten schon die Haftzeit beendet und wurden nicht freigelassen. Andere mussten im Gefängnis bleiben, weil sie nicht „genügend Reue“ zeigten.

Es ist klar, dass das Verschwindenlassen unter Gewaltanwendung und die Hinrichtungen ohne Urteilsspruch unter allen Umständen verboten sind, ganz egal, welche Verbrechen den Personen angelastet werden. Es sind Straftaten, die sich gegen die Menschlichkeit richten und nach internationalem Recht verboten sind.

Außerdem konnten die iranischen Behörden nie nachweisen, wie Tausende von Gefangenen aus den Hochsicherheitsgefängnissen heraus mit der PMOI zusammenarbeiten konnten oder wie sie in die laufenden Kämpfe verwickelt sein konnten. Zudem sagten Zeugen und Teile des Gefängnispersonals aus, dass zwischen Juli und Dezember 1988 die Gefangenen nie über ihre Beziehungen zur PMOI gefragt worden wären.

Hinzu kommt noch, dass die Massenhinrichtungen nicht nur mögliche PMOI-Anhänger betrafen, sondern auch Linke und Kurden.

Die Missachtung internationaler Gesetze und Standards

In seinen Bemerkungen verglich Mostafa Pour Mohammadi, völlig unlogisch, die Hinrichtungen ohne Urteil 1988 mit den Zahlen der Toten auf dem Schlachtfeld und fragte spöttisch „Können wir wirklich über Gerechtigkeit reden und über zivilen und humanitären Schutz, wenn wir uns mitten im Krieg befinden?“

Solche Bemerkungen sind typisch bei den iranischen Behörden. Sie verachten die internationalen Gesetze und Standards und bestätigen so eine erschreckende Tatsache, wie das Überlebende und Menschenrechtler immer wieder feststellen. Die Vorgehensweise, die zu den Massenhinrichtungen von 1988 führten, waren äußerst willkürlich und hatten keinen Bezug zu geordneten gerichtlichen Verfahren, wie das im internationalen Recht gefordert wird. Die Exekutionen folgten einer Anhörung vor einem Komitee, das von Überlebenden mit „Todeskommission“ bezeichnet wird. Es bestand aus Ankläger, Richter und Geheimdienstpersonen, die die politische Einstellung des Gefangenen erfahren wollten. Diejenigen, die nicht „bereuen“ wollten, wurden hingerichtet.

Drohungen gegen Personen, die nach Wahrheit und Gerechtigkeit suchen

In seinem Interview verglich Mostafa Pour Mohammadi das Dokumentieren und die Verurteilung der Massenexekutionen von 1988 mit Unterstützung des „Terrorismus“ und der PMOI. Es sei jetzt an der Zeit, Anklage zu erheben und die Kriminalität auf ihren Platz zu verweisen. Er betonte die Notwendigkeit, Dokumente und Berichte von den Hinrichtungen 1988 geheim zu halten. Er behauptete, dass die Veröffentlichung eines Tonbandes 2016 von einem Treffen der Verantwortlichen für die Vorgänge von 1988 Teil einer „gemeinsamen Operation der USA, der DIA, Mossad und Saudi Arabien“ gewesen sei, mit dem Ziel, „die Islamische Republik zu stürzen“.

Vor dem Hintergrund solcher Äußerungen erleiden Überlebende, die Familien der Opfer und Menschenrechtler_innen vermehrt Schikanen, Beleidigungen und willkürlichen Arrest infolge falscher Anklagen wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit.

Das System der Straflosigkeit

In seinem Interview beschrieb Mostafa Pour Mohammadi den Ruf nach Verantwortung für die Massenhinrichtungen von 1988 als Einflüsse von außen, als „Propaganda“, um eine feindliche „psychologische Umgebung“ zu schaffen, um so dumme und nicht informierte Menschen zu beeinflussen.

Als er nach seiner Rolle bei den Exekutionen gefragt wurde, verglich er sich mit einem Kämpfer, der auf den Feind schießt. Er dürfe nicht gefragt oder kritisiert werden, ob einige seiner Kugeln Menschen getroffen hätten, die zufällig in seine Schusslinie geraten seien. Er fügte hinzu: „Wegen der PMOI wurden manche zum Märtyrer. Wir erlitten viele Verluste und Niederlagen. Und nun wollen Sie von mir eine Antwort haben, warum ich eine Granate an einer falschen Stelle geworfen habe?“

Diese Bemerkungen zeigen deutlich die herrschende Straflosigkeit im Iran. Maßgeblich an den Vorgängen von 1988 beteiligte Beamte haben dort volles Vertrauen, dass sie nie zur Rechenschaft gezogen werden. Sie

AMNESTY INTERNATIONAL

haben wichtige Positionen besetzt, auch in der Justiz und in der Regierung. Sie haben reichliche Gelegenheit, Desinformationen zu streuen, Kritik abzuwenden und die Straflosigkeit zu fördern.

Das alles macht es für die UN und ihre Mitgliedstaaten besonders dringend, offen zu sprechen und auf die systematische Straflosigkeit der Straftaten von 1988 und die Verschleierung des Schicksals der Opfer und auf ihren Verbleib hinzuweisen.

Eine Untätigkeit dient nur der Ermutigung der Behörden, an der Verleugnung der Wahrheit festzuhalten, die Leiden der Überlebenden und der Familien der Opfer zu verlängern. Der Respekt vor dem Recht und vor den Menschenrechten im Iran würde durch eine Untätigkeit der UN zerstört.

AI hat deshalb seinen Appell an die UN und die Mitgliedsstaaten erneuert, konkrete Schritte für Wahrheit, Recht und Wiedergutmachung einzuleiten. Diese Schritte sollten dazu beitragen, dass die Wahrheit über die Massenhinrichtungen von 1988 ans Licht kommt, ebenso die Anzahl der Getöteten, die Sterbeorte und die Umstände ihres Todes. Die für die Straftaten 1988 Verantwortlichen müssen ein faires Verfahren bekommen, die Todesstrafe ist auszuschließen. Die Überlebenden und die Familien der Opfer müssen eine Wiedergutmachung erhalten, das alles nach den internationalen Standards.

(Werner Kohlauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)